

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Insertate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 215.

Dresden, Montag den 16. September 1912.

23. Jahrg.

Die Eröffnung des Parteitag.

Chemnitz, 15. September.

Schon seit einigen Tagen steht Chemnitz im Zeichen des sozialdemokratischen Parteitags. Der Parteivorstand und die Bezirkskommission kamen zu Vorbesprechungen zusammen und auch die 21gliedrige Organisationskommission, die in Jena eingeleitet wurde, hat nachmittags die mittleren Kreise in der Presse und den Anwohnern über die Neuordnung des Parteitag besprochen. Man erzählt, daß in dieser Kommission vollständig volle Einmütigkeit über die wichtigsten Fragen erzielt wurde. Der vielumstürzte Parteiausschuß soll in der Art beschlossene Beschlüsse, die er neben dem Parteivorstande nicht beschließen darf, sondern lediglich beratende Befugnis erhält; auch soll die Zahl seiner Mitglieder, um keinen Landessteil zu verlieren, noch etwas erhöht werden. Der Landesbureau, der Parteivorstand, soll nun durchaus ausführlos sein.

Der Parteitag sollte nach dem Wunsche unserer Genossen im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses tagen. Aber dieser Saal wurde von den Herren Bourgeois kleinlich verweigert. Und wird es nicht bedröhnen — und wir sparen hier keine Worte —, draußen im Vorort Schönau zu tagen. Die heutige Eröffnung aber fand in der Sporthalle Chemnitz statt. Trotz dem sehr ungünstigen Wetter strömten viele Tausende Chemnitzer Arbeiter hinaus und füllten bald die ungeheure Weite der Halle, die festlich mit farbigem Tuch und von den Bannern der Partei und der Gewerkschaften ausgestattet war. Die Delegierten nahmen ihre Plätze in der Halle ein. Das Ganze bot ein malträgliches, imponierendes Bild. Auf den Tischen der Delegierten lag die Parteizentrale Chemnitz, die reichhaltigsten Beiträge. Auch ein speziell ausgestattetes Büchlein, das die Entwicklung der Partei darstellte, wurde in Wort und Bild näher gebracht.

Der Parteivorstand eröffnete den Parteitag mit dem folgenden Festreden. Dann hielt Genosse Müller, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins Chemnitz, eine sehr eindrucksvolle Rede, die die reichhaltige Parteigeschichte, die sich über die Verfolgungen durch die Justiz, die er zeigte den bewundernswerten Aufstieg der Arbeiterbewegung und die großen Leistungen in allen den Bereichen. Dann sollte unser Vizepräsident, der bei der Eröffnung in der Halle begeistert bewillkommt war, sprechen. Er hatte schon in den vorbereitenden Sitzungen mit großer Energie mitgewirkt und es ist ihm wichtig, daß er seine Kraft in die eigentlichen Beratungen des Parteitags aufsparen kann. An Behel's Stelle sprach Genosse Daase. Er gab die Situation eine knappe Schilderung der jetzigen Lage und betonte unter großer Zustimmung der Versammlung den Willen unserer Partei zum nie endenden Kampfe bis zur Überwindung des Kapitalismus und aller Unterdrückung.

In Vorbereitung mit gleichen Rechten wurden die Genossen Daase und Roske Chemnitz gewählt. Die Wahlen der Mandatsprüfungs- und der Beschwerdekommission sowie der Festsetzung der Tagesordnung erfolgten ohne jede Schwierigkeit. Es ist sehr zu begrüßen, daß auf Vorschlag des Vorsitzenden zwei überaus aktuelle Fragen, die Feuerung und der Vergütung der Arbeiter, noch auf die Tagesordnung gelangten. Durch die besondere Behandlung solcher Fragen wird der Parteitag an Wirkung ins ganze Volk hinaus noch mehr gewinnen.

Russische Bourgeoisie.

Der letzte Bericht der Fabrikinspektoren zeigt von der imponierenden Entwicklung der russischen Industrie. Am Ende des Jahres 1911 zählte man in Rußland 16 800 Fabriksbetriebe, die insgesamt 2 051 198 Arbeiter beschäftigten. Im Vergleich zum Jahre 1910 bedeutet dies einen Zuwachs von 113 Betrieben und 99 243 Arbeitern. Die Ziffern beziehen sich nur auf die Betriebe, die der Fabrikinspektion unterstellt sind, berücksichtigen also nicht die Bergwerke, die Eisenbahnen und die absoluten Umfang der russischen Industrie keine genaue Auskunft geben, so sind sie doch sehr charakteristisch für das rasche Tempo der industriellen Entwicklung, die man in den letzten Jahren beobachten kann. Sehr interessant ist die Statistik der Arbeiter, daß nicht weniger als 62,6 Prozent der russischen Arbeiter in nur 787 Betrieben konzentriert sind, von denen jeder mehr als 600 Arbeiter beschäftigt. Die russische Industrie scheint somit viel stärker konzentriert zu sein als die deutsche, die 1907 aus der Gesamtzahl von 14 000 000 Arbeitern nur 1 638 805 in den Betrieben von mehr als 100 Arbeitern beschäftigte. Dieser Umstand erklärt manches von der unheimlich raschen Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung, worauf wir aber hier nicht weiter eingehen können.

Die andauernde und verhältnismäßig rasche Zunahme der russischen Industrie hat ein immer größeres Wachstum der sozialen Bedeutung der Unternehmerklasse zur Folge. Der grundbesitzende Adel spielt zwar die größte Rolle im Reich, doch seine Macht beruht wie die des deutschen Junkers nicht auf seiner wirtschaftlichen, sondern auf seiner politischen Macht. Ebenso wie der deutsche Junker sucht auch der russische Agrarier seine verstaatlichten Beziehungen zur Regierung aus und fordert für seine „gute Stimmung“ besondere Vergünstigungen. Die Industriellen dagegen haben es bis jetzt nicht verstanden, die Politik für ihre Klasse auszunutzen, und glauben weiter zu kommen, wenn sie von der Politik fern bleiben. Erst vor kurzem veröffentlichte das Zentralkomitee des russischen Industriertages ein Schreiben, in welchem unter anderem gesagt wurde, daß die Industriellen eine Einigung nur auf dem wirtschaftlichen Gebiete anstreben, daß aber die politischen Fragen für sie ziemlich gleichgültig seien. Aus diesem Schreiben geht klar hervor, daß die Fabrikanten noch weit davon entfernt sind, ihre eigenen Interessen in vollem Umfange wahrzunehmen zu können. Gewisse politische Bewegungsfreiheiten sind doch nicht nur für die Arbeiterklasse von Bedeutung, sondern auch für das Unternehmertum. Eine gesunde Industrie und ein gesunder Handel können sich in einem Staate nur dann entwickeln, wenn sie frei von der forumpredierenden Bevormundung der Polizeigewalt sind. Die politische Bevormundung kann unter Umständen für die gesamte Wirtschaft verhängnisvoll werden und das Geschäftsleben so gut wie lähmen.

Erst vor wenigen Tagen verweigerte z. B. die Polizei die Befähigung der gewählten Bevollmächtigten der Nishny-Nowgoroder Messe — das wichtigste Zentrum des russischen Großhandels —, weil diese das Verbot gebrochen haben, als — Juden geboren zu werden. Diese politische Verfolgung, die einen Akt nackter Willkür darstellt, hat auch die christliche Geschäftsbevölkerung aufgebracht, daß man einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, gegen die Disziplin beim Minister und, wenn notwendig, beim Senat vorstellig zu werden. Die Nishny versammelten Kaufleute fühlten sich dazu gedrängt, das Interesse des russischen Handels wahrzunehmen, der durch das Vorgehen der Behörde großen Schaden erlitt. Dieses Vorgehen war aber von politischen Rücksichten diktiert und zeigte, daß die ledige Politik auch für den Handel wie für die Industrie von Bedeutung ist.

Im demselben Ergebnis kommt man aber auch dann, wenn man die Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern betrachtet. Man sieht ohne weiteres, daß die Politik für die Bourgeoisie auch auf diesem Gebiete eine große Rolle spielt. Der Arbeitgeber hat ein Interesse an der politischen Freiheit, denn ohne politische Freiheit gibt es keine Gewerkschaftsbewegung, und ohne die Gewerkschaftsbewegung ist ein rationelles Verhältnis zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter unmöglich. Gibt es keine Gewerkschaften, so gibt es auch keine Disziplin beim Ausdruck eines Streiks oder bei irgendeinem Zusammenstoß zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diese Disziplinlosigkeit schadet gewiß in erster Reihe der Arbeiterklasse, aber auch das Unternehmertum leidet sehr stark darunter. Die ausgeklügelten Unternehmer beginnen dies allmählich einzusehen, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sie und die Unternehmer selbst für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintreten. Als vor kurzem die Polizeibehörden die geringen Rechte der gewerkschaftlichen Organisationen noch weiter zerschnitten, schrieb das Bulletin der Moskauer Fabrikanten: „Hat unsere Industrie ein Interesse daran, daß die politischen Bewegungen den normalen Gang der Arbeit auf den Fabriken nicht stören, so ist andererseits für ihren Erfolg nicht weniger wichtig, daß die Unternehmer die Möglichkeit erhalten, durch das Zusammenarbeiten mit den legalen Vertretern der Arbeiterklasse die nach den Bedingungen der Konjunktur unersättlich sind.“ Diese verständigere Auffassung zum Koalitionsrecht findet aber vorläufig noch nicht überall die gebührende Zustimmung. Die Petersburger Industriellen haben z. B. beschlossen, keine Vermittlung der Gewerkschaften zuzulassen und außerdem den Arbeitern in den einzelnen Betrieben keine Zugeständnisse ohne vorherige Zustimmung der Arbeitgeberorganisation zu gewähren. Des Näheren haben die Petersburger folgende charakteristische Vereinbarungen getroffen:

„Ohne Einwilligung der entsprechenden Gruppe des Unternehmerrates dürfen die Mitglieder desselben keine Verkündigungen über den Verlauf des Tages, wie bei Nachtschicht gemachten, Wimmeln auf eine Korberung der Arbeiter hin bewilligen, einen Streik während der Stellzeit einen Arbeitslohn zahlen und eine ständige Vertretung von Arbeitern in der Form von Deputierten, Vertretern usw. ernennen. Die Betriebsverwaltungen dürfen Arbeiter aus den bestreikten Fabriken nicht aufnehmen, sobald diese die Betriebsverwaltung von der Aufhebung der Liste benachrichtigt wird. Nimmt die Betriebsverwaltung einen Arbeiter vor der Entlassung der Arbeiter nach Ablauf von zwei Wochen entgegen. Nach Beendigung eines Streiks verpflichtet sich die Betriebsverwaltung, eine Liste derjenigen Arbeiter dem Verbandrat anzustellen, die aus irgendeinem Grunde die Arbeit nicht aufnehmen wollten.“

Man sieht, die Petersburger Fabrikanten sind weit davon, ein verständiges Verhältnis mit den Arbeitern anzuhängen zu wollen. Kurzschäftig, wie sie nun einmal sind, wiegen sie sich in den Glauben, daß die Arbeiter auf immer zur Desorgani-

tion berurteilt sind. Es ist gewiß nicht abzuleugnen, daß der Terrorismus der Polizeigenossen die proletarischen Vereine so gut wie lahmgelegt hat. Die Kraft der Arbeiter liegt nicht nur in der Organisation, sondern auch in ihrer sozialökonomischen Stellung. Unter gewissen Bedingungen kann diese Kraft vermindert werden, vollständig vernichtet kann man sie nicht. Läßt man diese Kraft sich nicht in normaler Weise betätigen, so wird sie früher oder später doch zum Ausbruch kommen und wird dem Arbeitgeber und der Gemeinschaft viel unangenehmer werden, als es sonst der Fall sein könnte. Das haben wir nicht nur im Revolutionsjahre, sondern auch viel früher gesehen. Noch bevor der sozialistische Bogillus die Welt erfüllte, fanden überall große Streiks statt. Das wissen die Petersburger Fabrikanten auch, aber sie sind trotzdem die legale Vertretung der Arbeiterklasse, weil dies zur Konstituierung der Arbeiter als Klasse beitragen würde. In einer Denkschrift, die die Petersburger vor Jahren der Regierung übergeben haben, sprechen sie diese Befürchtung unumwunden aus. Sie weisen dort darauf hin, daß der russische Arbeiter noch vielfach mit dem flachen Lande verbunden ist und daß jede Art von ständiger Arbeitervertretung das Bewußtsein auskommen läßt, daß die Arbeiter eine besondere Klasse sind, die auch besondere Interessen besitzt. Dies habe das „patriarchalische Verhältnis“ zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf und führe zu unabsehbaren Konsequenzen.

Der ländliche Ursprung der russischen Arbeiter ist gewiß eine Tatsache, aber die Unternehmer übersehen dabei, daß das russische Fabriksproletariat nicht ewig mit dem flachen Lande verbunden sein kann. Die Zahl der Arbeiter, die auf dem Lande geboren und erzogen sind, ist zwar vorläufig überwiegend groß, aber nicht gering ist auch die Zahl der Proletarier, die von Kindheit auf die proletarische Atmosphäre eingeatmet haben. Das proletarische Klassenbewußtsein entwickelt sich unter diesen Umständen ziemlich rasch, und jedenfalls läßt es sich nicht aufhalten. Die unkluge Politik der Petersburger Industriellen wird sich deshalb nicht lange bewähren können, und früher oder später wird sie sich genötigt sehen, der Moskauer Richtung Platz zu machen.

Deutsches Reich.

Kirchner.

Die Berliner Presse aller Parteien widmet dem verstorbenen Altbürgermeister von Berlin, Martin Kirchner, ehrende Nachrufe. Allgemein wird anerkannt, daß in ihm ein Mann hingegangen, dessen Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit und guter Wille im Dienste des Gemeinwohls über jeden Zweifel erhaben waren. Blickt man aber auf die Zeit zurück, in der die Person Kirchner im Mittelpunkt großer Kämpfe um die kommunale Selbstverwaltung gestanden hat, so versteht man kaum noch die Möglichkeit und die logischen Zusammenhänge dieses kaum ein halbes Menschenalter hinter uns zurückliegenden Vorgangs.

Überhalb Jahre lang — von 1898 bis 1899 — hat Kirchner warten müssen, ehe seine Wahl zum Oberbürgermeister bestätigt wurde. Ein wider Revolutionär und entschlossener Staatsführer hätte kaum mit mehr Mißtrauen und Härte behandelt werden können als dieser brave und tüchtige aber doch schwache und schamlose Mann, der am Brandenburger Tor vor Wagenfahrenden hochsinnige und mit dem Gut in der Hand daneben stand, als Wilhelm II. vom Pferde herab seine Rede gegen das „unbotmäßige Berlin“ schmetterte. Es wirkt fast tragisch, wenn man denkt, welcher Kampf gegen einen Mann geführt wurde, der bei seinen vielen guten Eigenschaften doch alles andere gewesen ist als ein Kämpfer.

An Einfachheit in den Notwendigkeiten der Selbstverwaltung, an Verständnis für die sozialen Aufgaben der Kommune hat es Kirchner nicht gefehlt, wohl aber an der Kraft, sie durchzuführen. Es lag nicht in seiner Art, trotz gegen Trost zu stellen und auf einen Schein an der Spitze zu stehen, es war ihm auch nicht gegeben, große weitläufige Pläne mit ausdauernder Energie zu verfolgen. Daß Kirchner, wie der Parteivorstand mittelt, nach seinem Abschied in einem Brief an Genossen Heilmann, einen Brief, der in seiner Schlichtheit und Anpruchslosigkeit der Mann selber ist, seinen Entschluß aussprach, den Rest seines Lebens dem Studium des Sozialismus zu widmen, vermehrt die sympathischen Züge seines Wesens. Kirchner gesteht bescheiden, daß ihm „eingehendere Kenntnis der Materie fehlt“, und daß er gewillt sei, diesen „Mangel seiner Bildung“ in seinem Ruhestand zu leichten. Wogen doch viele noch nicht im Ruhestand befindliche Staatsmänner und Politiker den gleichen guten Willen betätigen, es könnte uns dadurch manche überflüssige Diskussion erspart bleiben.

Im großen Berlin gibt es keinen, der nicht bereit wäre, dem ehemaligen Oberbürgermeister Kirchner nach seinem Tode Gutes nachzusagen. An seinem Grabe gilt das Wort: „Er hatte keinen Feind“, jedoch auch der Zusatz: „Als Lobspruch ist's gemeint, doch schließt's viel Schlimmes ein!“

Immer langsam voran!

Die Tägliche Rundschau erzählt, daß das Reichsgesundheitsamt um ein Gutachten darüber ersucht